

## **Conscience and Peace Tax International**

Rundbrief Nr. 10

30. April 2010

### **Eine Gemeinschaftserklärung zur Frage des Gewissens und der Zahlung für den Krieg**

Ein Dokument, das auf dem unten abgedruckten Text beruht, wurde von mehr als neunzig Menschen, teils Bürger der USA, teils dort wohnhaft, unterschrieben, um es den Vereinten Nationen zu unterbreiten, damit diese es im Hinblick auf Verletzung der Menschenrechte untersuchen.

In dieser Privatinitiative finden sich viele zusätzliche, persönliche Aussagen über das Gewissen, und es wird Bezug genommen auf all die Verfahren, die bis zum Obersten Gericht der Vereinigten Staaten durchgeklagt worden sind. Diese einzelnen Gewissensaussagen werden unter Umständen – mit Zustimmung der Verfasser – irgendwann veröffentlicht werden.

Andere Gruppen von Menschen können diese Methode benutzen, um ihrem Gewissen zu eindrucksvollem Ausdruck zu verhelfen. Die sorgfältige Zusammenarbeit an solch einer Vorlage kann die Beteiligten bereichern. Bitte, nehmen Sie mit Daniel Jenkins [nyauri@gmail.com](mailto:nyauri@gmail.com) Kontakt auf, wenn Sie mehr wissen möchten. Die Arbeit an einer weltweiten Erklärung zur Frage des Gewissens und der Zahlung für den Krieg, von der wir hoffen, dass sie Menschen aller Nationalitäten und Volksgruppen verbinden wird, steckt gerade im Anfangsstadium.

#### **Eine Erklärung des Gewissens**

Die Unterzeichner dieser Erklärung sind Bürger der Vereinigten Staaten von Amerika oder dort wohnhaft. Wir unterstützen diese Erklärung als Menschen, denen es das Gewissen verbietet, an Krieg oder jeglicher militärischen Tätigkeit teil zu nehmen. Die Regierung der Vereinigten Staaten verletzt unser Menschenrecht der Gewissensfreiheit, indem sie uns zwingt, für den Krieg zu zahlen.

Die Vereinigten Staaten von Amerika verwenden einen beträchtlichen Teil ihres jährlichen Etats für Militärausgaben. Darin eingeschlossen sind die laufenden Kosten der aktiven Teilnahme an bewaffneten Konflikten. Durch die Einkommensteuer, die wir an die Bundesregierung zahlen, tragen wir persönlich und direkt zu diesen Ausgaben bei, was unser Gewissen verletzt.

Wir haben in verschiedener Weise darauf reagiert. Manche von uns haben Schritte in die Wege geleitet, um ihr Steueraufkommen zu verringern oder gar keine mehr zahlen zu müssen. Andere haben, unter Protest, gezahlt. Wieder andere haben alle Steuern, oder einen Teil davon, zurück gehalten und die betreffenden Geldsummen an Projekte umgeleitet, die gewaltlose Ziele und humanitäre Zwecke verfolgen; oder sie haben das Geld auf Sonderkonten deponiert, damit die Regierung es für friedliche Zwecke benutzen kann. Manche von uns haben die Bundesbehörden vor Gericht zitiert. Andere haben Unterschriften gesammelt und sich für eine Änderung der Gesetzgebung eingesetzt. Wir möchten ausdrücklich betonen, dass wir bereit sind, unseren vollen Teil zu den Ausgaben der bürgerlichen Gesellschaft beizutragen. Es geht uns nur darum, dass die Steuern, die wir

zahlen, nicht für die Finanzierung des Krieges oder für Kriegsvorbereitungen verwendet werden.

Wegen dieses Gewissenskonfliktes haben wir so manche finanzielle Einbuße erlitten, Verwaltungsgebühren und Geldstrafen, Pfändung unserer Gehälter, Sperrung von Bankkonten oder anderem Besitz, Abzüge von Zahlungen aus unserer Sozialversicherung und sogar Gefängnisstrafen. Der Kern unserer Klage aber ist die Tatsache, dass wir alle letzten Endes gezwungen werden, Steuern für militärische Zwecke zu zahlen und dass dieser Zwang unentwegt weiter geht. So wurden und werden wir gezwungen zur Mittäterschaft an der Finanzierung und der Führung von Krieg, was unser Gewissen zutiefst verletzt.

Wir sind deshalb die Opfer einer Verletzung unserer Freiheit der Gedanken, des Gewissens und der Religion, die – wie sie Artikel 18 der universellen Erklärung der Menschenrechte definiert – "die Freiheit [einschließt], entweder allein oder in Gemeinschaft mit anderen, öffentlich oder privat ... unsere Religion oder Überzeugungen in Lehre, Praxis, Gottesdienst und Lebensführung zum Ausdruck zu bringen". Wir stammen aus vielen verschiedenen Lebensbereichen, und wir vertreten eine Vielzahl von moralischen, ethischen und religiösen Einstellungen. Die Überzeugung, dass es unrecht ist, für den Krieg zu zahlen, basiert auf diesen grundlegenden Einstellungen. Die Autorität der Regierung hindert uns daran, diese Überzeugungen in unserer individuellen, persönlichen Praxis und Lebensführung zum Ausdruck zu bringen.

Diese Verletzung des Gewissens ist weit verbreitet. Die Unterzeichnenden dieser Erklärung sind Teil der vielen tausenden Menschen in den Vereinigten Staaten von Amerika, die ihren gewissensbedingten Widerstand gegen die Zahlung von Steuern für militärische Ausgaben zum Ausdruck gebracht haben.

Diese Verletzung ist in das System eingebaut. Schriftliche Erklärungen zum gewissensbedingten Widerstand gegen die Zahlung von Steuern für militärische Zwecke werden von der Regierung als "frivol" eingestuft und führen zu empfindlichen Geldstrafen, die mehrere tausend Dollar betragen können. Unsere Feststellung, dass dieser Widerstand auf unserer Gewissensfreiheit beruht, ist noch nie wirklich untersucht worden, weder auf der unteren noch der höheren Ebene der Verwaltung oder der Justiz; wir wissen auch von keinem Einzelfall, in dem eine Untersuchung stattgefunden hätte.

Dies ist eine grobe Verletzung. Die Gewissensbedenken, die wir zur Sprache bringen, bestätigen die Würde, den Wert und das angeborene Recht zum Leben eines jeden Menschen. Wir alle werden von der Regierung gezwungen, die tödliche Gewalt des Kriegführens zu unterstützen, was eine unmittelbare Verletzung unserer wichtigsten und heiligsten Einstellungen darstellt.

Wenn Sie die Rundbriefe von CPTI nicht mehr erhalten möchten, schicken Sie uns, bitte, einfach eine E-mail, in der Sie dieses erbitten.